Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 93 (1999)

Heft: 7-8

Rubrik: Zeichen der Zeit : "Götze Markt" oder Zehn Dogmen des Neoliberalismus

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Willy Spieler

Zeichen der Zeit

«Götze Markt» oder Zehn Dogmen des Neoliberalismus

Was ich im folgenden darstelle, ist nicht eine Karikatur des Neoliberalismus, sondern ein Neoliberalismus, der sich selbst bis zur Kenntlichkeit karikiert. Gewiss gab es eine Zeit, in der «Neoliberalismus» nicht mit der reinen Marktideologie gleichgesetzt wurde, von der hier die Rede ist. Ja, selbst die «Soziale Marktwirtschaft» fiel anfänglich unter diese Denomination.[1] Was aber heute «neoliberal» daherkommt, ächtet geradezu den Begriff des Sozialen. Gefragt ist nur noch eine «Marktwirtschaft ohne Adjektive», wie die gängige Bezeichnung lautet, die vom ehemaligen tschechischen Ministerpräsidenten *Václav Klaus* (Spiegel, 27.5.96) bis zur *Wirtschaftsredaktion der NZZ* Verwendung findet.

Die Ideologie einer *Marktwirtschaft pur* geht auf *Friedrich August von Hayek* (1899–1992) zurück, der als Ökonomieprofessor sogar mit dem Wirtschaftsnobelpreis ausgezeichnet wurde. Sein bekanntestes Buch heisst «Der Weg zur Knechtschaft»[2]. Es erschien 1944 in England und ist den «Sozialisten in allen Parteien» gewidmet. Die Widmung richtet sich nicht zuletzt an die Adresse der bürgerlichen Vertreterinnen und Vertreter einer sozialen, auf sozialen Ausgleich bedachten Marktwirtschaft.

Diese Ideologie einer «reinen» Marktwirtschaft, die von Kriterien des Sozialen oder Ökologischen nichts wissen will, setzt sich selber *absolut*. Sie duldet keine anderen Instanzen neben sich oder gar über sich. Sie wird damit zum Götzen – wie alles Endliche, das sich verabsolutiert, heisse es nun Staat, Nation, Partei oder Kirche. «Götze Markt» ist denn auch der Titel eines befreiungstheologischen Buches von *Franz J. Hinkelammert* und *Hugo Assmann*.[3] Götzen haben ihre eigene Magie und Faszination. Sie stürzen erst, wenn ihr lächerliches Imponiergehabe entlarvt wird. Dazu einen Beitrag zu leisten, ist der Sinn dieses Essays.

Der Neoliberalismus anerkennt keine sozialen oder ökologischen Adjektive, dafür hat er alle Attribute einer *dogmatischen Religion*. Seine Dogmen lauten – ohne Anspruch auf Vollständigkeit: 1. Je ungebundener der Markt sich entfalten kann, um so mehr lenkt er die Wirtschaft zum Guten. 2. Zum globalen und totalen Markt gibt es keine Alternative. 3. Der Markt ist unser Schicksal. 4. Dieses Schicksal verlangt Opfer im Dienst einer besseren Zukunft. 5. Die Gesetze des Marktes gelten absolut. 6. Steht der Markt im Konflikt mit der Demokratie, rechtfertigt er auch deren Abschaffung. 7. Es gibt keine Sozialethik, die dem Markt Grenzen setzen dürfte. 8. Es gibt auch keine Unternehmensethik, denn die einzige soziale Verantwortung eines Unternehmens besteht in der Steigerung des Profits. 9. Oberstes Kriterium des Marktes ist seine Effizienz. 10. Effizienz setzt unternehmerische Entscheidungen voraus, die sich einzig an der Logik des Marktes orientieren und diese Logik auch mit der nötigen Härte durchsetzen.

1. Je ungebundener der Markt, umso mehr lenkt er die Wirtschaft zum Guten

Für den Neoliberalismus ist die Marktwirtschaft eine *spontane Ordnung*, die nach dem Mechanismus von Angebot und Nachfrage von selbst entsteht. Werte werden gegen Werte getauscht, Produkte gegen Geld, Arbeitskraft gegen Lohn. Die

Anbietenden stehen untereinander in einem Wettbewerb, der tendenziell die besten und preiswertesten Güter und Dienstleistungen für möglichst viele Menschen hervorbringt. In dieser idealisierenden Sichtweise schafft der Markt immer schon den sozialen Ausgleich. Es braucht keine soziale Marktwirtschaft, da *Marktwirtschaft* im Ergebnis immer *sozial* ist.

Seine soziale Funktion kann der Markt nach neoliberaler Auffassung aber nur erfüllen, wenn er frei – und das heisst: von staatlichen Bindungen befreit – ist. Aufgabe des Staates ist es, in der Wirtschafts- und Sozialpolitik die *Deregulierung* voranzutreiben, also «*Antistaat*» zu werden.[4] Denn je freier die wirtschaftenden Subjekte auf dem Markt ihre eigenen Interessen verfolgen, um so mehr dienen sie dem Ziel der Wirtschaft: der Versorgung der Menschen mit Gütern und Dienstleistungen.

Dass der Markt die individuellen Eigeninteressen stets zum Wohl des Ganzen koordiniert, wenn man ihn nur sich selbst überlässt, ist nun freilich keine empirisch verifizierbare Aussage, sondern ein Glaubenssatz. Dieser geht zurück auf *Adam Smith* (1723–1790), den Begründer des als «klassisch» geltenden Wirtschaftsliberalismus. Smith glaubt an eine «unsichtbare Hand», die alle Interessen der wirtschaftenden Subjekte in ein stets neues Gleichgewicht bringt.[5] In Anlehnung an die *Bienenfabel* des englischen Philosophen und Zeitgenossen Smiths, Bernard de Mandeville (gest. 1773), gedeiht ein Gemeinwesen am besten, wenn seine Mitglieder nichts anderes anstreben als die Verwirklichung ihrer Interessen, die durchaus egoistische Interessen sein können. Die «unsichtbare Hand» koordiniert auch diese Egoismen zum Wohl des Ganzen. Selbst private Laster werden so zu öffentlichen Wohltaten. «Private vices – public benefits».[6]

Dass dieses blinde Vertrauen in die «unsichtbare Hand» wieder Urständ feiert, zeigt der folgende Satz, den ein deutscher Ökonomieprofessor, *Hermann Sautter,* in der Ökumenischen Rundschau (Januar 1995) seinem linken Widersacher *Ulrich Duchrow* entgegenschleudert: «Der Markt sorgt in objektiver Weise für Solidarität, auch wenn die einzelnen das gar nicht so empfinden.» Solidarität beruht also nicht auf Ethik, sondern wird durch den Markt von selbst, quasi-sakramental (ex opere operato), hervorgebracht. Sautter ist immerhin Mitglied der Kammer für kirchlichen Entwicklungsdienst der Evangelischen Kirche Deutschlands...

2. Zum globalen und totalen Markt gibt es keine Alternative

Der Neoliberalismus stellt sich als die Ideologie dar, zu der es keine Alternative gibt. Wie jedes Dogma exklusiv ist, so erhebt auch das Dogma der reinen Marktwirtschaft einen Anspruch auf Ausschliesslichkeit. «Extra commercium nulla salus!» (Ausserhalb des Marktes kein Heil!) Dieses Dogma einer Marktwirtschaft ohne Wenn und Aber vertreten auch viele unserer «Wirtschaftsführer», wie sie wieder heissen. Ich nehme als Beispiel die Fusionen von Novartis und UBS. Die Hochzeit der beiden *Basler Chemiegiganten* am 7. März 1996 wäre zwar nicht notwendig gewesen, hatten doch Ciba und Sandoz im Vorjahr je für sich Rekordgewinne erzielt. Doch der Präsident des Novartis-Verwaltungsrates, *Alex Krauer,* begründete die Fusion mit den «markigen Worten»: «Nur gut zu sein, ist nicht gut genug, denn nur die Besten werden es schaffen. Die Novartis AG ist der Ausdruck des Bemühens, es zu schaffen.» «Nur die Besten» – die andern sind dem Untergang geweiht. Die Marktwirtschaft ohne Adjektive ist auch eine Marktwirtschaft ohne Alternative.

Nicht anders argumentierten die Fusionisten der *UBS* am 8. Dezember 1997. Sie beschworen den «verstärkten globalen Wettbewerb» mit seinen «immer höheren Anforderungen an die kritische Grösse eines Finanzunternehmens». Sie feierten die 1320 Mia. Franken in ihren Tresoren und überboten sich in der Vorfreude auf «eine Eigenkapitalrendite von 15 bis 20%» im Jahr 2002. «Wir werden die führende Privatbank der Welt sein», hiess es in einem Schreiben an die Mitglieder des Zürcher

Kantonsrates. Von einem «Titanenschritt» sprach die NZZ (9.12.97).

In vorauseilendem Gehorsam gegenüber den Anforderungen des Weltmarktes wählten die Fusionisten von Novartis und UBS für ihr Vorhaben den «richtigen Zeitpunkt», um nicht später zu einem Zusammenschluss aus Schwäche «gezwungen» zu sein. Der Wirtschaftsredaktor der NZZ, *Gerhard Schwarz,* brachte es auf den Punkt, «dass sich keine Firma auf Dauer ungestraft dem *Diktat des weltweiten Wettbewerbs* – und es ist ein Diktat – entziehen kann» (9./10.3.96).

Für die *Freiheit des Marktes* gilt offenbar dasselbe wie weiland für die Freiheit im Dialektischen Materialismus: Sie beschränkt sich auf die *«Einsicht in die Notwendigkeit»*. Der Markt ist ein Zwangsmechanismus. Wer sich ihm verweigert, tut dies um den Preis des ökonomischen Untergangs. Oder wie es Herr Schwarz im eben zitierten Artikel formuliert: «Wer sich auf den Wettbewerb einlässt, muss konsequent mitmachen, sonst zeigt ihm der Markt rasch – und leider immer rascher – die rote Karte.» Dazu gibt «es aus einer gesamtgesellschaftlichen Sicht, der Sicht des ‹Gemeinwohls›, wenn man so will, keine Alternative».

«Der Mensch ohne Alternative» hiess ein in den 60er Jahren vieldiskutiertes Buch des damals noch jungen polnischen Marxisten *Leszek Kolakowski.*[7] Es übte heftige Kritik an einer marxistischen Scholastik, die ebenfalls keine Alternative zulassen wollte, da sie die absolute Wahrheit über den Verlauf der Geschichte und damit eine Art Endzeitverheissung für sich beanspruchte. Auf die Parlallelen zwischen dem heutigen Neoliberalismus und vulgärmarxistischen Determinismen der Vergangenheit hat *Pierre Bourdieu* in seinem berühmten Essay über das «Modell Tietmeyer» hingewiesen. Der französische Soziologe wundert sich über den «neuen Glauben an die historische Unvermeidlichkeit, die auf dem Primat der Produktivkräfte (und denen der Technik) gründet, also (über) eine neue Form des Ökonomismus, der sich zu andern Zeiten und häufig in den Reihen derselben Gläubigen unter dem Banner des Marxismus ausbreitete» (TA 6.11.96). Lassen wir den Konvertiteneifer der von Marx zum Markt Bekehrten beiseite, die Parallele bleibt so oder anders frappant.

3. Der Markt ist unser Schicksal

Der Markt ist unser Schicksal, der Neoliberalismus eine *Schicksalsreligion*. «Bedauerlich, aber im Interesse der Zukunft unvermeidlich», nannte Herr Krauer den Abbau von 10 000 Arbeitsplätzen. Auch bei UBS hiess es, das Rationalisierungspotential liege bei 13 000 von insgesamt 56 000 Stellen, «ein Stellenabbau» sei «deshalb unvermeidlich». Unvermeidlich aber nur, weil die Eigenkapitalrendite auf 20% Prozent steigen muss. Dass sie damit allein die *Aktionärsinteressen* im Auge hätten und dafür noch mehr Arbeitslosigkeit in Kauf nähmen, weisen die Fusionisten weit von sich. Wörtlich sagte der Novartis-Präsident in der Sonntags-Zeitung (17.3.96): «Diese Argumentation stammt aus dem letzten Jahrhundert, sie konstruiert einen Zielkonflikt zwischen Kapital und Arbeit. Das ist nicht mehr zeitgemäss. Heute spielt sich der globale Wettbewerb einerseits zwischen Standorten und anderseits zwischen Schicksalsgemeinschaften ab. Aktionäre, Unternehmensleitung und Mitarbeiter bilden eine solche Schicksalsgemeinschaft, die Region Basel als Standort bildet eine Schicksalsgemeinschaft.»

Zur Schicksalsreligion der Konzern-Funktionäre gehört auch die «Schicksalsgemeinschaft» mit den «lieben Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern». Aber es ist *keine Gemeinschaft von Gleichen*. Nach der UBS-Fusion meinte ein junger Bankangestellter, die Macht sei schlecht verteilt: «Da beschliessen zehn bis zwanzig Verwaltungsräte, dass 13 000 Stellen abgebaut werden» (TA 9.12.97). Nicht einmal die *Aktionäre und Aktionärinnen* bestimmen mit in dieser «Schicksalsgemeinschaft». Natürlich applaudierten sie im Fall von Novartis dem «Schicksal», das sie über Nacht um 18 Milliarden Franken bereichert

hatte. Vor lauter Begeisterung aber ging hier wie auch bei UBS vergessen, dass sie zu solchen Entscheidungen rein gar nichts zu sagen haben, dass also die viel beschworene «Aktionärsdemokratie» nur auf dem Papier besteht. Die Schicksalsreligion schafft ihre eigenen Hierarchien...

Schon gar nichts haben die Arbeitenden zu sagen. Der sozialethische *Vorrang der Arbeit vor dem Kapital* steht kopf. Profitmaximierung ist wichtiger als die Erhaltung oder Schaffung von Arbeitsplätzen. Unternehmen sind Eigentumsobjekte, über die das Kapital nach seinem Gusto verfügen, die es fusionieren, verkaufen oder nach Art der Raider ausweiden kann. Nichts da von einem «Verbund von Personen» mit verbrieften Mitbestimmungsrechten, wie die Sozialethik der christlichen Kirchen die Unternehmung sieht. Solche Strukturen wären dem Kapital nicht wohlgefällig, ja geradezu ein Standortnachteil auf dem Weltmarkt. Dessen Schicksalhaftigkeit lässt keinen Raum für sozialethischen «Idealismus».

4. Der Markt verlangt Opfer im Dienst einer besseren Zukunft

Es mag sein, dass Menschen unter den Gesetzen des freien Marktes leiden müssen. Für den Neoliberalismus haben sie dieses Opfer zu erbringen, um der Freiheit des Marktes willen, der vielleicht nicht ihnen als Individuen, dafür aber der Menschheit als ganzer eine *strahlende Zukunft* verheisst.

Es gehört zu dieser Opferreligion, dass *Arbeitsplätze* vernichtet werden «müssen», um sie zu erhalten. Sie verkündet ihren Opfern in einer an George Orwell erinnernden Sprache: Wenn es euch heute schlecht geht, dann nur, damit ihr morgen überleben könnt. Ihr seid auf Gedeih und Verderb den Aktionärsinteressen ausgeliefert. Erst wenn diese befriedigt sind, und sei es auf eure Kosten, habt ihr eine Zukunft. Aber tröstet euch, diese Zukunft wird allen wieder Arbeit und Wohlstand verschaffen. – Das «Diktat des weltweiten Wettbewerbs» hat zur Folge, «dass sich auf der *gesamtgesellschaftlichen* Ebene und auf *lange* Frist die Konflikte und Härten weitgehend auflösen», tröstet uns auch die NZZ. Etwas weniger zurückhaltend formulierte es Novartis-Chef *Vasella,* ein ehemaliger Chirurg. Gegenüber der Financial Times (9.3.96) sagte er in der Sprache seines angestammten Berufs: «Arbeitsplatzabbau ist wie ein chirurgischer Eingriff. Du weisst, es tut weh, aber es ist zu Deinem Besten. Am schlimmsten ist, langsam und nicht tief genug zu schneiden.»

Doch diese *Rationalisierungen* hören nie auf, sie rechtfertigen nicht nur die Entlassungen von heute, sondern auch die Entlassungen von morgen. «Denn was heute für morgen gilt, gilt morgen für übermorgen», wie der Sozialethiker Peter Ulrich einwendet (TA 29.12.98). Bereits ist von Prognosen die Rede, wonach im nächsten Jahrhundert ein Fünftel der erwerbsfähigen Weltbevölkerung genügen würde, um die ganze Weltwirtschaft in Schwung zu halten.[8] Und was passiert mit den restlichen 80 Prozent? Es wird dem Kapitalismus nicht anders ergehen als dem «realen Sozialismus»: Das gute Ende der Geschichte leidet unter «Parusieverzug», das Versprechen auf eine lichte Zukunft wird nie eingelöst, und die Opfer werden immer grösser und sinnloser.

5. Die Gesetze des Marktes gelten absolut

Der Neoliberalismus definiert sich durch den Glauben an eine *absolute Geltung* der Gesetze des naturwüchsigen, sich selbst überlassenen «totalen» und «globalen Marktes». Wenn die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden, dann kann daran nicht der Markt schuld sein, sondern nur der Staat, der den Markt mit zu vielen Regulierungen behindert. Da von den Marktkräften eine *selbstheilende Kraft* ausgeht, kann es nie ein Marktversagen, sondern immer nur ein Staatsversagen geben. Das ist natürlich ein Zirkelschluss, aber diese mangelnde Logik ficht die Priester der freien Marktwirtschaft und Exorzisten jedes Staatsinterventionismus nicht

an. Gegen die «unsichtbare Hand» des Marktes die «sichtbare Hand» des Staates intervenieren zu lassen, wäre ein Mangel an Demut.

Der liberale deutsche Politiker *Otto Graf Lambsdorff* schreibt z.B. in der NZZ (28./29.10.95), nicht die Kinderarbeit, sondern das Verbot von Kinderarbeit in der Dritten Welt habe «katastrophale Folgen». Für die «angeblich Geschützten» würde «ein solches Verbot Hunger, Kinderprostitution und Not bedeuten». Ähnliches gelte für die Ökologie. Nur «der Freihandel» könne «jenen Wohlstand schaffen, der es den Menschen erlaubt, sich ein genügendes Umweltbewusstsein leisten zu können». Oder resultiert dieses Umweltbewusstsein vielleicht gerade umgekehrt aus den Schäden, die der deregulierte Freihandel der Umwelt erst einmal zufügen muss?

Der Neoliberalismus weist alle Kennzeichen einer *fundamentalistischen Religion* auf. Nur rekurriert er nicht auf die «absoluten Wahrheiten» einer «Offenbarung», sondern auf die «weltlichen» Gesetze des Marktes, für die er aber dieselbe absolute Verbindlichkeit beansprucht. Befreiungstheologen wie Hugo Assmann und Franz J. Hinkelammert sprechen daher von einem «gewaltigen Prozess der *Idolatrie*», «der seinen augenfälligsten Ausdruck in der vermeintlichen Selbstregulierung der Mechanismen des Marktes» findet.[9]

Dass es der «Mammon» ist, der die «unsichtbare Hand» führt, lesen wir auf jedem Dollarschein. Aber nicht nur das Geld hat eine sakrale Bedeutung, auch der von Marx analysierte «Fetischismus der Ware» wird von einer neuartigen, perversen «Verkaufskultur» positiv besetzt. Die Prophetinnen und Propheten der *Werbung* preisen nicht mehr Waren an, sondern Sakramente. Die zum Verkauf angebotenen Produkte sollen nicht echten Bedürfnissen entsprechen, sondern die unstillbaren Sehnsüchte der Kundinnen und Kunden befriedigen. «Die Werbung übernimmt die Funktion der Evangelisierung und der Verkündigung der Frohen Botschaft vom Heil», schreibt Leonardo Boff.[10]

Über die wunderbare Mutation von Waren zu «Kultprodukten» hat das trendige *Gottlieb Duttweiler-Institut* im zürcherischen Rüschlikon im Juni 1994 eine Tagung veranstaltet. Im Einladungsprospekt wurde gefragt: «Wie entstehen heilige Produkte?» Denn «Kult-Marketing» und «Spiritual Selling» seien die neuen Werbetrends. Gegen die «Moralisierung des Konsums und Verteufelung der Lust» gelte es, eine «religiöse Zuneigung» zu den Produkten zu wecken. Den Einkauf bestimmten heute «nicht einfach Erlebnisse oder Preise», sondern «Konsum-Rituale» und die «Stammeszugehörigkeit für ‹Gleichgesinnte›». Verkaufsfördernd sei «die Spiritualisierung der Märkte und die Kreation von Kultprodukten – und damit eine Neubewertung von Markenartikeln zu Fetischen». Werbung habe heute zur Aufgabe, «durch starke Metaphern» eine «Welterklärung» zu liefern. «Die Waren selbst werden zur stärksten aller Religionen», erklärte ein zufriedener GDI-Vertreter nach der Tagung (TA 18.6.94).

6. Steht der Markt im Konflikt mit der Demokratie, rechtfertigt er auch deren Abschaffung

«Ökonomie war noch nie ein demokratischer Prozess», sagte unlängst der Novartis-Chef und ehemalige Trotzkist Vasella (Weltwoche, 19.3.99). Das ist nicht nur ein Problem der Ökonomie, sondern auch der Politik. Je mehr nämlich eine *undemokratische Ökonomie* dereguliert wird, umso mächtiger wird sie, umso mehr beginnt sie nun ihrerseits, die *Politik zu regulieren*. Das zeigt vor allem die Art und Weise, wie die Wirtschaft der Politik einen (selbst)mörderischen Kampf um Standortvorteile aufzwingt. Nicht, was das Gemeinwohl verlangt, ist Ziel der Politik, sondern was die grossen Investoren und Steuerzahlenden bei Laune hält.

Damit verbindet sich eine Verachtung der Demokratie, die im Neoliberalismus auch noch eine ideologische Begründung erhält. Wie nämlich jeder Fundamentalismus *antidemokratisch* ist, weil *absolute Wahrheiten* sich der demokratischen Ent-

scheidung entziehen, so auch der «Fundamentalismus des Marktes». Im Konfliktfall behauptet der Markt den Vorrang vor der Demokratie. Dient diese nicht mehr dem Markt, erbringt sie ihm nicht die Opfer, die er verschlingen will, dann ist auch die Diktatur gerechtfertigt.

Die *NZZ* erklärte noch vor einigen Jahren *Chiles Militärdiktatur* unter General Pinochet zum «wirtschaftspolitischen Modellfall» (11./12.1.92). Wirtschaftsredaktor Gerhard Schwarz nahm Abschied von der «bequemen» These, «Marktwirtschaft und Demokratie gehörten zusammen wie Zwillinge». Er verwies auf Beispiele wie Hongkong, Singapur, Südkorea und Taiwan, besonders aber auf Chile, das «seinen Weg zu Marktwirtschaft und Wachstum einer brutalen Diktatur» verdankte. Ja, Herr Schwarz empfahl diese brutale Diktatur auch den ehemals «realsozialistischen» Ländern als «wirtschaftspolitischen Modellfall». Ihr «Systemwechsel» laufe sonst «permanent Gefahr, in einen zum Scheitern verurteilten ‹Dritten Weg› zwischen Plan und Markt zu münden».

Warum aber soll dieser «Dritte Weg» zwangsläufig scheitern? Das sage ihm die «Sachlogik», meinte Herr Schwarz. «Sachlogik» ist der Fundamentalismus, der die Menschen zu ihrem Glück zwingen will. «Sachlogik» lag auch den «sozialistischen Produktionsverhältnissen» zugrunde, die den «ehernen» Gesetzen des historischen Materialismus folgten. «Sachlogik» verträgt sich mit keiner Demokratie, die andere Entscheidungen zuliesse als diejenigen, die von den Wächtern der absoluten Wahrheit akzeptiert werden.

Wer so naiv war, sich vom *Ende des Kalten Krieges* den Anfang einer weltumspannenden demokratischen Kultur zu erhoffen, wird nun eines anderen belehrt. Der gute Zweck des totalen Marktes heiligt auch das Mittel der «autoritären Diktatur». Der Neoliberalismus wird durch *keine Systemkonkurrenz* mehr gezwungen, sich in der Politik von der menschenrechtlichen und demokratischen Seite zu zeigen. Die NZZ (28./29.12.96) freut sich ganz ungeniert darüber, dass «die soziale Herausforderung, welche die Sowjets lanciert hatten», jetzt «hinfällig» geworden sei. Das Kapital muss nicht mehr befürchten, dass seine Opfer sich dem andern System zuwenden könnten. Dass «Marktwirtschaft» für sie wichtiger sei als Demokratie, hätte das Weltblatt während der Zeit des Kalten Krieges in dieser Offenheit niemals zu sagen gewagt.

«Es drängt sich der Schluss auf, dass die Globalisierung und ihre sozialen Folgen eher autoritären als demokratischen Verfassungen Vorschub leisten», sagte unlängst Ralf Dahrendorf (Die Zeit, 14.11.97). Dieser pessimistisch gewordene Liberale, der die Menschheit «an der Schwelle zum autoritären Jahrhundert» wähnt, hat zweifellos Recht, sofern die Globalisierung weiterhin unter einem neoliberalen Vorzeichen steht.

7. Es gibt keine Sozialethik, die dem Markt Grenzen setzen dürfte

Die Apologeten der «freien Marktwirtschaft» würden den Fundamentalismusvorwurf weit von sich weisen. Fundamentalistisch ist für sie nicht ihre Lehre vom deregulierten – sprich: totalen – Markt, sondern die Kritik, die den Markt und seine Ergebnisse an der *sozialen Gerechtigkeit* messen will.

Für den Neoliberalismus gibt es nur eine *Ethik der Individuen,* nicht aber eine Sozialethik, die auch gesellschaftliche Strukturen nach einem Massstab der sozialen Gerechtigkeit beurteilt. Gerechtigkeit ist für Hayek nur noch eine individuelle Tugend und beschränkt sich – systemkonform – auf den Respekt vor dem Eigentum und die Erfüllung von Verträgen. Das gilt auch für die *Auslandverschuldung* der Drittweltländer. Die neoliberale Ethik verlangt, Verträge einzuhalten, also auch, diese Schulden zu begleichen, selbst wenn dabei die Ärmsten geopfert werden müssen. Almosen spenden ist zwar in Ordnung. Aber die gesellschaftlichen Ursachen der Armut zu bekämpfen, wäre Interventionismus. *Roberto Campos,* Planungsminister unter der brasilianischen Militärregierung und Be-

wunderer Hayeks, verhöhnt die *«Option für die Armen»:* «Genaugenommen kann niemand für die Armen optieren. Die Option, die getroffen werden kann, gilt dem Investor, der Jobs für die Armen schafft.»[11]

Dass durch die Umpolung privater Laster in gesellschaftliche Tugenden die *biblische Botschaft in ihr Gegenteil verkehrt* wird, ficht diesen Neoliberalismus nicht an. Denn er ist überzeugt, dass nicht nur der Interventionismus des Teufels ist, sondern dass es auch das Gute nur in Form des Marktes und niemals in Form der sozialen Gerechtigkeit geben kann. Das Wort «sozial» bezeichnet Hayek als «weasel word». Wiesel ist das Tierchen, das ein Ei aussaugt, ohne dass sich nachher feststellen lässt, dass die Schale leer ist. Verbindet sich das Wort «sozial» mit Marktwirtschaft, Rechtsstaat, Gewissen oder Gerechtigkeit, so saugt es diese Begriffe aus und bringt sie um ihren Sinn.[12]

Hayek erklärt rundweg, «dass eine soziale Marktwirtschaft keine Marktwirtschaft, ein sozialer Rechtsstaat kein Rechtsstaat, ein soziales Gewissen kein Gewissen, soziale Gerechtigkeit keine Gerechtigkeit – und ich fürchte auch, soziale Demokratie keine Demokratie ist»[13]. Die *«Amoralität»* des Marktes wird damit festgeschrieben, welches auch immer seine Konsequenzen sein mögen: Arbeitslosigkeit, Armut, ökologische Zerstörung.

Hayek bekämpft denn auch die Sozialethik der *Kirchen,* die für die «soziale Gerechtigkeit», dieses «Schlagwort des Sozialismus», eintreten. So werde «ein himmlisches Versprechen der Gerechtigkeit durch ein weltliches ersetzt». Der Vorwurf richtet sich «insbesondere» an «die römisch-katholische Kirche», die «das Ziel der ‹sozialen Gerechtigkeit› zu einem Teil ihrer offiziellen Lehre gemacht» habe.[14]

8. Es gibt auch keine Unternehmensethik, denn die einzige Verantwortung eines Unternehmens liegt in der Steigerung des Profits

Wer die Sozialethik ablehnt, kann sich in der Regel auch nicht mit einer Unternehmensethik anfreunden, ausser er deute sie um und beschränke sie auf den zwischenmenschlichen, den «karitativen» Bereich. Für den Neoliberalismus typisch ist denn auch die Leugnung jeder sozialen Verantwortung des Unternehmens. Und wenn überhaupt von der «sozialen Verantwortung» eines Unternehmens gesprochen wird, dann erschöpft sie sich in der Gewinnmaximierung. Die neoliberale «Unternehmensethik» folgt dem berühmt-berüchtigten Satz von *Milton Friedman:* «The social responsability of business is to increase its profits» (so der Titel eines Essays von 1970 für das Times Magazine). Zu deutsch: Die soziale Verantwortung eines Unternehmens besteht darin, seine Profite zu steigern. Ähnlich schreibt Wirtschaftsprofessor Walter Wittmann: «In der Marktwirtschaft hat die Firma keine soziale Verpflichtung. Sozialpolitik ist eine staatliche Aufgabe» (TA 16.12.97). Und der ehemalige Zürcher Finanzdirektor Eric Honegger doppelt nach: «Gewinn zu erzielen, ist die einzige volkswirtschaftliche Aufgabe eines Unternehmens» (NZZ 5./6.10.96). Solche Sätze bewegen sich auf demselben Niveau, wie wenn Gewerkschaften sagen würden, die Aufgabe der Arbeitenden sei es nicht, Arbeit zu leisten, sondern Lohn zu beziehen.

Wenn der Shareholder value triumphiert, dann dankt die Ethik ab, dann heisst es im Klartext: «Habgier ist gut, Teilen ist schädlich.» Diese Entwicklung kann zu dramatischen Gewissenskonflikten führen. Es gibt Topmanager, die ihr Tun ethisch verantworten wollen und sich dabei einem unsäglichen Druck von Kapitalinteressen, insbesondere von mächtigen Investitionsfonds, ausgesetzt sehen. Im SPIEGEL vom 8. März 1999 berichtet Hubertus von Grünberg, Chef der Reifenfirma Continental, über seine Ängste vor einer feindlichen Übernahme: Pirelli habe schon einmal einen solchen Versuch gemacht. «Heute können wir uns nur durch einen hohen Aktienkurs vor einer Übernahme schützen. Unsere Investoren wollen Rendite sehen, sonst steigen sie aus – dann fällt der Kurs, und die Gefahr einer Übernahme wächst...» Darum

habe er auch schon eine ganze Fabrik schliessen müssen: «Es ist schon zynisch: Die Not meiner Arbeitnehmer brachte mir Erfolg bei meinen Aktionären.» Die Investoren möchten aber noch mehr Arbeitsplätze abbauen. Da nütze es überhaupt nichts, wenn er erwidere, er sei doch kein «Jobkiller». «Das sei mein Problem, meinen dann die Investoren, ihr Auftrag sei, nach der Ertragskraft und dem Potential der Kurssteigerung eines Unternehmens zu fragen...» Inzwischen lägen 25 Prozent der Aktien bei angelsächsischen Investoren. «Einmal erschien eine Dame, vielleicht knapp 30 Jahre alt, die sich meine Story ruhig anhörte. Es sei ja interessant und richtig, dass ich das Unternehmen restrukturieren wolle, meinte sie anschliessend. Aber in Amerika hätten sie den Eindruck gewonnen, dass so etwas im sozialistischen Deutschland nicht durchsetzbar sei.»

9. Oberstes Kriterium des Marktes ist die Effizienz

Das einzige Kriterium, das die Ideologie der «freien Marktwirtschaft» zulässt, ist dasjenige der *Effizienz*. Nach diesem Kriterium glaubt sie, auch den Systemwettbewerb mit dem «real existierenden Sozialismus» gewonnen zu haben. Aber was ist denn eigentlich das Kriterium der Effizienz? Etwa Arbeit für alle? Etwa Befreiung aus Armut? Etwa das Ende der weltweiten Hungerprobleme? Nein, es ist «der Unternehmenserfolg», der laut Wirtschaftsredaktion der NZZ «am ökonomischen Wert gemessen werden sollte, der für die Eigentümer geschaffen wird» (24./25.8.96), also am *Shareholder value*. In der Neujahrsausgabe 1996 schwärmte das Blatt vom *«internationalen Kapital»*, «das rund um den Erdball auf die Suche nach dem ‹besten Wirt› geht, das weltweit vergleicht und evaluiert und das gerade aus seiner Heimatlosigkeit Effizienz und Schnelligkeit schöpft».

Dieses System ist so effizient, dass es seine eigenen Voraussetzungen, den sozialen Frieden, den nachhaltigen Umgang mit natürlichen Ressourcen usw., gefährdet. Und es ist so blind, dass es sich jedem Kriterium verschliesst, das die Frage nach Sinn und Grenze ökonomischer Effizienz zulassen würde. Es ist verliebt in seinen *Untergang*. Dieser gehört wohl auch zum Opfer, das wir dem Götzen Markt schulden. Hinkelammert hat Recht: «Es handelt eine ‹unsichtbare Hand›, die zu einem Ergebnis führt, ‹als ob› ein einheitlicher Zerstörungsplan vorläge» (NW 1993, S. 253). Wenn es denn bei diesem Zustand ohne Alternative bleibt und nicht endlich wieder «sichtbare Hände» den Glauben an die «unsichtbare Hand» ersetzen.

10. Effizienz setzt unternehmerische Entscheidungen voraus, die sich einzig an der Logik des Marktes orientieren und diese Logik auch mit der nötigen Härte durchsetzen

Wer die Sprache dieses von allen sozialethischen Hemmungen befreiten Effizienz- oder Shareholder-Fetischismus verfolgt, stösst da schon auf erstaunliche Wendungen. Der Chemiemanager und FDP-Nationalrat Johannes R. Randegger belehrt uns in der Weltwoche (7.11.96): «Die Wirtschaft argumentiert nun einmal mit ihrer eigenen Logik. Wer dort nicht knallhart entscheidet, ist schnell weg vom Fenster.» «Sie müssen in Ihrer Belegschaft ein Gefühl der Dringlichkeit und der Notwehr schaffen», rät Arthur Andersen den Firmenchefs. Wer der Effizienz nicht genügt, wird zum *«Wohlstandsmüll»*, wie das von Helmut Maucher geprägte Unwort des Jahres 1997 lautet. Müll ist wertlos, gehört zu den Dingen, die uns ekeln...

Als besonderes Qualitätsmerkmal eines Managers gilt neuerdings der *«Killerinstinkt»*. Helmut Maucher sagte schon 1991, er habe «das ethische und soziale Gesäusel» satt. Verlangt seien Manager mit «Kampfwillen» und «Killerinstinken» (Arbeitgeber 1/1991). Von dem aus dem Leben geschiedenen Spross aus dem britischen Bankhaus Rothschild heisst es, er sei halt ein «Familienmann» gewesen, um das Unternehmen erfolgreich zu führen, dazu habe ihm der «notwendige Killerinstinkt»

gefehlt (TA 12.7.96). Und ein Unternehmensberater namens Werner Halter hat ein schlagendes Argument für die Personenfreizügigkeit zwischen der Schweiz und der EU gefunden. Er will laut NZZ (28.3.96) dem «Fischbassin Schweiz» zur Kräftigung des Restbestands einige «Killerfische» verschreiben. In Paris eröffnete im Oktober 1997 eine Managerschule ihren Betrieb unter dem Namen «Ecole de Guerre économique» (Publik-Forum, 29.8.97).

Bei so viel verbaler Gewalt kann auch die *sexistische Sprache* nicht fehlen. Auf das Fehlen von Frauen im Verwaltungsrat von UBS angesprochen, macht sich ein PR-Mann lustig über die «reinen Verzierdamen, die im frauenfreundlichen Trend der achtziger Jahre gewählt wurden» (Treffpunkt, 19.2.98).

*

Der Neoliberalismus ist aus einer Ideologie eine Wirklichkeit geworden und hat dabei seine Einseitigkeit bis zur Schamlosigkeit übertrieben. Auf sein Konto geht eine gigantische Umverteilung von unten nach oben, mit der Folge, dass die Armen ärmer und die Reichen reicher wurden und immer noch werden. Selbst Kapitalisten zweifeln mittlerweile an «ihrem» System. Der US-amerikanische Finanzguru *Georges Soros* z.B. meint: «Mich beunruhigt die globale Freizügigkeit des Kapitals, das erschwert seine Besteuerung. Dies beeinträchtigt die Fähigkeit der Staaten, soziale Leistungen anzubieten. Die Armen müssen mehr zahlen, weil die Reichen abhauen» (Spiegel, 6.4.98). An anderer Stelle sagt er gar: «Der wichtigste Feind der offenen Gesellschaft ist nicht länger die kommunistische, sondern die kapitalistische Bedrohung» (Zeit-Punkte, 6/97). Ich will aber nicht schon soweit gehen wie der Sozialethiker Peter Ulrich, der dem Tages-Anzeiger (29.12.98) diktiert hat, «dass der Neoliberalismus im Grunde genommen schon fast tot ist». Dann hätte sich dieser Essay erübrigt. Aber so schnell gibt der Neoliberalismus nicht auf.

1 Vgl. Bernhard Walpen, «Der Plan, das Planen zu beenden» – Zur Geschichte des Neoliberalismus, in: NW 1999, S. 4ff.
2 Vgl. Friedrich August von Hayek, Der Weg zur Knechtschaft, München 1994 (Neuauflage).
3 Hugo Assmann/Franz J. Hinkelammert, Götze Markt, Düsseldorf 1992.
4 Vgl. Götze Markt, a.a.O., S. 57.
5 Adam Smith, Der Wohlstand der Nationen, dtv-bibliothek, München 1978
6 Bernard Mandeville, Die Bienenfabel oder Private Laster, öffentliche Vorteile, Frankfurt a.M. 1980.
7 Leszek Kolakowski, Der Mensch ohne Alternative, München 1960.
8 Hans-Peter Martin / Harald Schumann, Die Globalisierungsfalle, Hamburg 1996, S. 12ff.
9 Götze Markt, S. 57.
10 Religion der Ware, in: Concilium 1992, S. 195ff.
11 Götze Markt, S. 95.
12 Zit. nach: Stephan Rothlin, Gerechtigkeit in Freiheit, Frankfurt a.M. 1992, S. 62f.
13 Wissenschaft und Sozialismus, Tübingen 1979, S. 16.
14 Zit. nach Stephan Rothlin, a.a.O., S. 69.

Diskussion

Florence Nightingale: Reformerin, aber nicht Sozialistin

Zu Willy Spieler: Was ist der Sinn des Politischen (NW 5/99)

In meiner Kritik am Politikverständnis von Ina Praetorius und Andrea Günter habe ich Florence Nightingale zitiert: «Es ist zwecklos, um Befreiung von der Pest zu beten, solange die Kloaken in die Themse fliessen.» Ich verdanke das Zitat Konrad Farners «Theologie des Kommunismus?» (Frankfurt a.M.1969, S. 128f.). Farner bezeichnet hier Florence Nightingale als «grosse Christin». Ich habe aus ihr auch noch eine «Sozialistin» gemacht, was sie offensichtlich nicht war. Erika Ziltener, Historikerin, Krankenschwester und Zürcher SP-Kantonsrätin, stellt in der folgenden Zuschrift richtig, dass es sich bei Florence Nightingale um eine Reformerin handelte, die noch ganz dem «idealisierten bürgerlichen Frauenbild der Jahrhundertwende» entsprach. Mein Zitat enthielt vielleicht einen sozialistischen Satz, aber nicht den Satz einer Sozialistin. *W.Sp.*